

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) Szenarien - ein Szenarium des wildwachsenden Binnenmarktes und eines, das von einer verantwortlichen Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik auf europäischer Ebene, der Nationalstaaten ebenso wie der europäischen Kommission, begleitet wird. Präsident Delors sieht dies.

Im Augenblick haben wir Hochkonjunktur. Da braucht man keine besonderen Aktivitäten zu entfalten. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß in all den Branchen und Regionen, wo die Kostensenkungen durchschlagen, dieses auch zu erhöhter Arbeitsmarktbelastung führen kann. Hier liegt eine Gestaltungsaufgabe für die Wirtschaftspolitik, die wir ganz deutlich erkennen und der wir uns bekennend stellen müssen; hier muß gehandelt werden, damit das Ganze keine Veranstaltung wird, die ein "Selbstläufer" ist, in der man aus Gutachten schon bestimmte Folgerungen ablesen kann.

Ich darf mich herzlich bedanken für die freundliche Würdigung, die unserer Antwort zuteil geworden ist. Es ist ganz klar, daß wir die Diskussion in diesem Hohen Hause fortsetzen werden - wahrscheinlich schon während der nächsten Plenarsitzung.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Als Letzte liegt mir die Wortmeldung von Herrn Abg. Tschoeltsch von der Fraktion der F.D.P. vor. Sie haben das Wort, Herr Kollege!

Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz auf zwei Bemerkungen des Herrn Kollegen Stüber eingehen. Zunächst meinten Sie feststellen zu müssen, die F.D.P.-Fraktion sei geschrumpft. Also, wenn ich mich so umsehe, dann kann man erkennen, wie schnell das bei der F.D.P. geht: Wir haben wieder zugenommen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herr Stüber, Sie haben ebenso wie andere SPD-Redner die Informationsfahrt nach Edmonton angesprochen. Um es ganz deutlich für meine Fraktion zu sagen: Wir waren für diese Reise, wir sind für diese Reise, weil wir der Meinung waren, daß sich nicht nur die Mitglieder der Landesregierung vor Ort informieren sollten, sondern auch das Parlament. Dann haben wir die Präsentation erlebt. Wir haben Informationen bekommen. Wir haben zahlreiche Gespräche geführt. Und jetzt ist bei uns ein Punkt erreicht gewesen, an dem unsere Fraktion der Meinung gewesen

ist, zu einem abschließenden Urteil zu kommen. Das haben wir dann getroffen. (C)

(Dr. Dammeyer (SPD): Jetzt wissen Sie über alles Bescheid? Sorgfältig prüfen ist besser!)

Deshalb wäre es doch wirklich nicht sinnvoll, wenn von unserer Fraktion noch einmal jemand mitführe. Wir werfen es Ihnen nicht vor, wenn Sie jetzt fahren - um dies nochmal zu betonen -, aber Sie können nicht erwarten, daß wir nochmals mitfahren, die wir zu einer Entscheidung gekommen sind.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Fahren Sie hin, informieren Sie sich, und dann entscheiden Sie eben später.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Meine Damen und Herren, da mir weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr vorliegen, schließe ich die Beratung und stelle fest, daß damit die Große Anfrage 24 erledigt ist.

Wir stimmen nunmehr über den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/4329 ab. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 10/4329 angenommen. (D)

Ich rufe nunmehr Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989
(Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1989)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4273

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/4293
zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Abg. Prof. Posdorf für die Fraktion der CDU.

Dr. Posdorf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! In bezug auf den Wissenschaftsteil des hier vorliegenden Nachtragshaushaltes hat gestern

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) laut der "Westfälischen Rundschau" in Dortmund der Rektor der Fachhochschule Dortmund gesagt:

Dieser Gesetzentwurf ist eine Bankrott-erklärung der Ministerin.

Für meine Fraktion und für mich selbst kann ich hier sagen: Recht hat er! Auch wenn Frau Brunn diesen mutigen Rektor in Dortmund bezichtigt hat, er könne keinen Haushalt lesen, muß ich an dieser Stelle ganz klar und eindeutig sagen: Es liegt nicht daran, ob man einen Haushalt lesen kann oder nicht, sondern die Problematik liegt darin, daß die Ministerin für Wissenschaft und Forschung nicht in der Lage ist, einen anständigen Haushalt aufzustellen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie geht genau wie die gesamte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen in höchstem Maße dilettantisch und kurzatmig an alle Probleme heran. Und das Schlimme ist: Sie meint offensichtlich noch, daß ihr Werk gut sei. Das ist wirklich das Schlimme. Ich glaube, sie meint das wirklich. Denn, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Frau Brunn das nicht meinen würde, dann weiß ich wirklich nicht, wo sie die Kraft hernimmt, immer noch dieses Amt auszuüben.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Lassen Sie mich einmal auf die Entwicklungsgeschichte der letzten Wochen zurückgehen und einiges zum Nachtragshaushalt sagen:

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung bat die Ministerin den Ausschuß außerhalb der Tagesordnung darum, kurz eine Einführung in den von ihr vorzulegenden Nachtragshaushalt geben zu dürfen.

Selbstverständlich waren wir alle im Ausschuß dazu bereit. Denn wir wissen alle, daß die von der Bundesregierung gesetzten Zeichen und die von der Bundesregierung eingesetzten Gelder nun möglichst schnell, mit den entsprechenden Komplementärmitteln des Landes versehen, den Hochschulen zufließen müssen. Dann wurden wir gebeten, uns mit Globaldaten zufriedenzugeben, da in Ermangelung von Zeit ein detaillierter Haushaltsplan nicht vorgelegt werden könne.

Man bedenke: Seit Herbst letzten Jahres ist die Absicht des Bund/Länder-Programmes allen bekannt. Aber die gleiche Begründung: Wenn dies nicht geschehe, wenn wir uns also

- (C) nicht mit Globaldaten zufriedengäben, könne es Verzögerungen in der konkreten Umsetzung des von der Bundesregierung vorgelegten Programmes und in der Verteilung der entsprechenden Gelder an die Hochschulen geben.

Auf meinen Hinweis, daß der Rest des Verfahrens dann ja doch nur noch ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung wäre, wurde uns zugesichert, daß der Ausschuß selbstverständlich sofort nach Vorlage der Details in die Detailberatungen einsteigen könne, und zwar auch mit der Möglichkeit von Veränderungen. Wir waren uns darüber klar, daß wir keinen Anspruch darauf haben, wenn wir so etwas verabschieden.

Nun sind wir - weiß Gott - weder Puristen noch Chaoten. Einziges Ziel war, den Studentinnen und Studenten zu helfen, damit Wissenschaft und Forschung in unserem Lande, durch die Bundesmittel ermöglicht, den gehörigen Schub nach vorne bekommen.

Frau Ministerin, meine Kollegen und ich sind damals davon ausgegangen, daß dieses ein solides Angebot ist, und zwar auf einer wirklich seriösen Basis. Zum Wohle unserer Hochschulen und damit auch zum Wohle unseres Landes waren wir bereit, den für ein Parlament nun einmal recht ungewöhnlichen Weg mitzugehen. Mein Kollege Dautzenberg hat auf diese Problematik am Mittwoch hingewiesen. Ich möchte dieses an dieser Stelle nicht weiter vertiefen.

(D) Aber was tat sich dann? - Selbstverständlich sind wir davon ausgegangen, daß die Komplementärmittel des Landes zu den Bundesmitteln zusätzliche Finanzmittel seien. Nur, "sein" ist Konjunktiv, das ist die Möglichkeitsform.

Als wir den Haushalt vor uns liegen hatten, war wirklich nichts von zusätzlichen Landesmitteln zu sehen. Eingesackt wurden 40 Millionen DM Bundesgelder, ohne auch nur einen einzigen Pfennig eigener Gelder aus Landesmitteln dazuzulegen.

Der Landesanteil soll ganz schlicht und einfach durch eine globale Minderausgabe erwirtschaftet werden. Es ist schon abenteuerlich, was uns als Parlament, was uns als Ausschuß, was den Hochschulen unseres Landes und damit unserem Land durch diese Landesregierung zugemutet wird. Aber, das ist noch längst nicht alles. Wie ging es weiter?

Gesagt wurde, daß aufgrund noch nicht abgeschlossener Verhandlungen mit den

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) Hochschulen die Detailplanung noch nicht vorgelegt werden könne. Erstaunlicherweise konnte man aber tags darauf in vielen Zeitungen schon Zahlen für einzelne Hochschulen lesen.

Ja, was denn nun? - Waren die Beratungen abgeschlossen, oder waren sie nicht abgeschlossen? Konnte man dem Wissenschaftsausschuß die Ergebnisse vorlegen oder nicht? Wieso konnte man sie dem Wissenschaftsausschuß nicht vorlegen, wenn sie den Hochschulen bekannt waren?

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach einem derart unwürdigen Verfahren kann ich so kein Vertrauen mehr schenken. Will man uns jetzt etwa nach der altbewährten Sarotti-Methode "hier ein Stückchen, da ein Stückchen" langsam, ohne Gesamtüberblick, die Detailrealisation so vorsetzen, daß wir nicht in der Lage sind, das Gesamtpaket zu beurteilen?

Ist das ganze, was uns vorgesetzt wird, mit den Hochschulen abgestimmt, oder wird es ihnen wieder oktroyiert? Ist das ganze überhaupt innerhalb der Landesregierung abgestimmt?

Ja, Frau Brunn, wen meinen Sie eigentlich hier vor sich zu haben? Meinen Sie, daß der Wissenschaftsausschuß und die Hochschulen der Spielball dessen sind, was Sie Wissenschaftspolitik nennen? Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(B)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle für meine Fraktion - und ich kann sagen, daß ich mit jeder Faser meines Leibes dahinterstehe -: Wir werden Sie stellen! Wir lassen uns von Ihnen nicht unter einem fadenscheinigen Grund und einer fadenscheinigen Begründung, den Hochschulen so zu helfen, in dieser Form praktisch mißbrauchen.

(Heiterkeit bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Wir verlangen, daß die globale Minderausgabe mit keinem einzigen Pfennig aus dem Wissenschaftsetat erwirtschaftet wird. Alles andere wäre nämlich Nonsens. Wofür haben wir denn ein solches Programm, wenn den Hochschulen erst genommen wird und dann wieder gegeben wird, was ihnen genommen worden ist?

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!
- Zustimmung bei der CDU)

Frau Brunn, wenn auch nur diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, dann ist das Spiel in dieser Form für uns aus. Diesen Haushalt

lehnen wir ab. Sie kassieren die Gelder aus Bonn, und dann tun Sie so, als ob Sie etwas tun. (C)

(Stump (CDU): Das machen die immer so!)

Diesen Nebelwerfer habe ich Ihnen heute aus der Hand gerissen, er funktioniert nicht mehr.

(Heiterkeit bei der SPD)

Des weiteren sage ich Ihnen, daß wir keiner einzigen Detailmaßnahme zustimmen werden, bevor wir von Ihnen nicht ausdrücklich über die Stellungnahmen der Hochschulen zum entsprechenden Gesamtpaket informiert worden sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Dammeyer (SPD)
- Kniola (SPD): Sehr wahr!)

Wenn die Kolleginnen und Kollegen der SPD sich in dieses Spiel einbinden lassen, das Sie hier vorhaben, dann ist das deren Problem. Wenn sie sich von Ihnen an der Nase herumführen lassen, dann müssen sie das verantworten.

Wir haben im Ausschuß mehr als nur unseren guten Willen gezeigt, unseren Hochschulen schnell und zügig die Gelder aus Bonn zukommen zulassen, und zwar mit echten Komplementärmitteln des Landes versehen.

Wenn Sie uns nur täuschen wollen, Frau Brunn, dann mag das ja zu Ihrem politischen Stil gehören; aber wir werden dieses politische Spiel nicht mitmachen, und zwar nicht aus verletzter Eitelkeit, sondern weil Sie damit die Hochschulen und demzufolge die darin arbeitenden Studentinnen und Studenten - - (D)

(Zurufe von der SPD)

- Rufen Sie doch nicht solch unqualifiziertes Zeug dazwischen! Das ist doch unqualifiziert. Überlegen Sie erst einmal, bevor Sie etwas sagen; das ist doch viel besser.

(Weitere Zurufe von der SPD)

- Wenn man in eine Diskussion eingreift, dann sollte man Ahnung davon haben; sonst bringt's doch nichts!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir werden dies nicht aus verletzter politischer Eitelkeit nicht mitmachen, sondern weil Sie damit die Hochschulen, die Stu-

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) dentinnen und Studenten, alle dort tätigen Mitarbeiter, Assistenten, Professorinnen und Professoren täuschen.

Nun noch ein Wort zu den Fachhochschulen! Auf kaltem Wege versuchten Sie - aufmerksam geworden sind wir durch eine Landtagszuschrift aus Dortmund -, mit diesem Nachtragshaushalt auch eine neue Personalstruktur in den Fachhochschulbereich zu bringen. Ich glaube, Frau Ministerin, man kann nur von allen guten Geistern verlassen sein, wenn man meint, daß wir uns das in dieser Form aufs Auge drücken ließen.

Ich bin der Überzeugung: Heute ist auch dem letzten Zweifler klargeworden, warum unser Antrag, ein Landes-Hochschulsonderprogramm, wie wir es am Mittwoch diskutiert haben und im Ausschuß beraten wollten, abgelehnt worden ist. Sie wollen sich klammheimlich aus Ihrer eigenen Verantwortung herausstellen und diese Tatsache dann mit dem Mäntelchen des Konsenses der Wissenschaftspolitiker untereinander kaschieren.

Ich weiß: Heute ist auch denjenigen, die noch geringe Zweifel hegten, klargeworden, daß der Kampf für unsere Hochschulen, für unsere Studentinnen und Studenten nur ein Kampf gegen Sie und gegen diese Landesregierung sein kann. Mit der Vorlage dieses Machwerks, das Sie "Nachtragshaushalt" nennen, wird dem letzten Zweifler an unseren Hochschulen klarwerden, daß Ihr Reden und Ihr Handeln nicht miteinander in Einklang zu bringen sind. Für unsere Hochschulen sein, heißt, gegen diese Landesregierung sein. Da gibt es keine Alternative!

(Beifall bei der CDU)

Frau Brunn, es wäre wirklich wünschenswert, wenn Sie einmal das täten, was Sie können. Die Hochschulpolitik allerdings gehört nicht dazu!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Dr. Dammeyer das Wort. Bitte sehr!

Dr. Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten hier einen Nachtragshaushalt, in dem vor allen Dingen zwei Teile spannend sind: Das eine ist dieser Hochschulteil, zu dem sich soeben auch Herr Posdorf geäußert hat und über den hier schon eine lange Debatte geführt worden ist, bei der die unter-

- schiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Umsetzung längst ausgetauscht waren. (C)

An diesem Teil ist eines interessant: Bund und Länder verständigen sich darauf, daß die dafür zuständigen Länder die Unterrichtskapazitäten insbesondere in den stark belasteten Studiengängen erhöhen. Der Bund hilft den Ländern dabei, indem er die Länder bei den Forschungsaufgaben entlastet. Darüber ist auch in den zuständigen Ausschüssen ausführlich beraten worden.

Herr Posdorf, ein großer Teil dessen, was Sie hier vorgetragen haben, war natürlich künstliche Aufgeregtheit.

(Widerspruch des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

Dafür sind Sie ja bekannt. Denn für den 11. Mai ist doch schon eine Ausschußsitzung terminiert, in der ausdrücklich ein Benehmen hergestellt werden soll, in welcher Weise die entsprechenden Maßnahmen vollzogen werden sollen. Und wenn im Ausschuß ein solches Benehmen hergestellt werden soll, dann ist das eine Form der Übereinstimmung zwischen der Landesregierung, nämlich der Wissenschaftsministerin, auf der einen Seite und dem Landtag auf der anderen Seite, die ja nun wirklich diesen Teil aufnimmt, von dem Sie meinen, daß er jetzt hier erst neu erfunden werden müßte und im Landtag beraten werden sollte.

- Ich habe das Gefühl, daß jedenfalls zu diesem Teil alle Aufgeregtheiten längst vorbei sein müßten, daß es völlig klar ist, daß sich Bund und Länder gemeinsam daranmachen, diese Kapazitätsschwierigkeiten zu beseitigen, und daß es dabei der Landesregierung darum geht, dafür die bestmöglichen Wege zu finden - und da ist sie auch auf dem richtigen Wege. (D)

Der zweite Teil, der für die heutige Beratung des Nachtragshaushalts spannend ist, ist alles das, was mit der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst und deren Konsequenzen für den Lehrerbereich zusammenhängt. Da finde ich es doch erst einmal bemerkenswert, daß die Landesregierung die Arbeitszeitverkürzungen, die für den öffentlichen Dienst verhandelt worden sind, insgesamt auf den Beamtenbereich und auch auf die Lehrer übertragen hat - im Unterschied zu anderen Landesregierungen. Die hessische Landesregierung

(Zuruf des Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.))

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) - ja, daran sind auch Liberale beteiligt - hat erklärt, so etwas würde gar nicht erst auf den Lehrerbereich übertragen. Das ist eine ungeheuer soziale Entscheidung!

Die Baden-Württemberger haben dann ja andere schöne Vorgaben gemacht. Sie haben die Regelung getroffen, daß es drei Tage mehr Ferien geben soll - Unterrichtsverkürzung, Unterrichtsausfall und eine Arbeitszeitverkürzung ohne irgendeine Form des Ausgleichs und ganz selbstverständlich auch ohne weitere Einstellungen. Da wurde dann ja auch insinuiert, die Ministerpräsidenten hätten sich in die Hand versprochen, daß dieser baden-württembergische Weg in allen Ländern eingeschlagen werden sollte.

Ich kann nur sagen: Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat richtig gehandelt, daß sie sich auf diesen Unsinn in beiden Ländern nicht eingelassen und hier eine gewiß maßvolle, aber immerhin eine Umsetzung vorgesehen hat, die auch arbeitsplatzrelevant geworden ist und künftig noch mehr arbeitsplatzrelevant werden wird. Ich finde das doch eine sehr bedeutsame Angelegenheit, die auch in der Öffentlichkeit und insbesondere auch von denjenigen, die davon profitieren, einmal zur Kenntnis genommen werden sollte.

Die Kürzung der Unterrichtsverpflichtung setzt vor allen Dingen bei denjenigen ein, die die höchste Unterrichtsverpflichtung in unserem Lande haben. Wir begrüßen das ausdrücklich.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Es ist richtig, daß wir diejenigen Lehrer, die die stärksten Unterrichtsverpflichtungen haben, als erste und am umfangreichsten an dieser Arbeitszeitverkürzung teilhaben lassen. Da könnte man eher kritisieren, daß zu einem späteren Zeitpunkt alle anderen Lehrergruppen in dem gleichen Umfang nachziehen sollen;

(Zustimmung bei der SPD)

denn in Wahrheit haben wir ein Interesse daran, daß sich die Unterrichtsverpflichtungszeiten als Maßstab für die Arbeitszeit der Lehrer angleichen. Wenn wir dieses Interesse haben, dann müßten eigentlich die gegenwärtig bestehenden Unterschiede abgeschmolzen werden.

Insofern ist insbesondere von denjenigen, die schon gegenwärtig die geringste Unterrichtsverpflichtung haben, gar nicht zu verstehen, daß sie am lautstärksten tönen und diese

- Regelung, die die Landesregierung gefunden hat, ablehnen wollen, (C)

(Kniola (SPD): Und die höchsten Entlastungsstunden!)

- und die überdies noch die höchsten Entlastungsstunden

(Schultz (SPD): Und die besten Beförderungsbedingungen!)

- und die besten Beförderungsbedingungen und die besten Arbeitszeitregelungen haben, völlig richtig! Sie sind auf diese Weise sowieso schon unsere teuersten Lehrer, die ihrerseits nun noch am meisten davon profitieren wollen. Das ist überhaupt nicht einzusehen. Ich glaube, daß die Landesregierung mit dieser Art der Abstufung die richtigen Schritte vollzogen hat.

Ich finde, man müßte endlich auch in der Öffentlichkeit registrieren, daß mit diesen Entscheidungen und mit einigen Haushaltsentscheidungen mehr insgesamt eine Reduktion der kw-Stellen von bislang 17 000 auf etwa 8 000 eintritt und daß damit sehr viel früher als bislang einkalkuliert ein Einstellungsbedarf eintritt. Damit wird sehr viel früher das gepackt, was den großen kw-Berg ausmacht. Das ist schulformspezifisch unterschiedlich. Daraus hat die Landesregierung jetzt schon Konsequenzen gezogen und, obwohl es in diesem Bereich eigentlich kw-Stellen geben könnte, für die Grundschulen Neueinstellungen vorgesehen. Es gibt 300 zusätzliche Einstellungen bei den Grundschulen. Insgesamt sind es 420 Einstellungen; das ist überhaupt keine Kleinigkeit, weil man dabei ja gleichzeitig sowieso die Schwierigkeiten unseres Landeshaushalts berücksichtigen muß. Auf diese Weise ist auch an den richtigen Stellen die erste Konsequenz gezogen worden.

(D)

Die zweite differenzierte Konsequenz hat die Landesregierung auch in richtiger Weise gezogen, nämlich bei den Sonderschulen. Künftig wird im Stellenplan zwischen den Sonderschulen für Lernbehinderte und den sonstigen Sonderschulen unterschieden. Sie hat für Sonderschulen für Lernbehinderte eine Reduktion der Schüler-Lehrerstellen-Relation vorgesehen. Das führt in diesem Bereich zu einem Abbau der kw-Stellen. Das führt zu nicht mehr als zu dem Abbau der kw-Stellen in diesem Bereich, aber ich habe bislang in den Gesprächen mit den Lehrerverbänden und mit der interessierten Öffentlichkeit immer die Forderung gehört: "Reduziert die Schüler-Lehrerstellen-Relation, damit die kw-Stellen abgebaut werden." Das

(Dr. Dammeyer (SPD))

(A) tut die Landesregierung jetzt. Dafür verdient sie nichts als Lob.

(Beifall bei der SPD)

Indem nun die Landesregierung bei den Sonderschulen zwischen den Schulen für Lernbehinderte und den anderen Sonderschulen unterscheidet, kommt sie auch einer anderen wichtigen Forderung nach, die bislang auch in der Öffentlichkeit und auch von uns immer wieder erhoben worden ist, nämlich diese unterschiedlichen Verhältnisse zu respektieren. Während an den Sonderschulen für Lernbehinderte ein kw-Berg vorhanden ist, gibt es ihn bei den anderen Sonderschulen nicht. Im Gegenteil: Dort gibt es einen Lehrerberauf, und zwar auch nach den Bedingungen der bisherigen Schüler-Lehrerstellen-Relation.

Das haben wir bislang schon immer gesagt, das haben wir bislang auch immer respektiert, indem wir sowohl für diese sonstigen Sonderschulen wie auch für die Sonderschulen für Lernbehinderte trotz des rechnerischen kw-Berges insgesamt immer Einstellungen vorgesehen haben. Es waren gewiß Einstellungen in geringem Maße, aber wir haben Jahr für Jahr Einstellungen vorgesehen. Daraus wird jetzt die Konsequenz gezogen, daß für die sonstigen Sonderschulen Einstellungen vorgenommen werden, und zwar in dem Umfang, wie Lehrer tatsächlich da sind. Deshalb ist auch nicht auszuschließen, daß über die jetzt im Haushaltsplan vorgesehenen 120 hinaus möglicherweise noch ein paar mehr eingestellt werden könnten, wenn es sie denn geben sollte.

(B)

Ich finde, daß das auch eine richtige Entscheidung ist, die die Landesregierung da getroffen hat, weil sie damit klarmacht, daß Lehrer nicht gleich Lehrer sind, sondern daß sie entsprechend ihrer jeweiligen Qualifikation und der Notwendigkeit ihres Einsatzes in unterschiedlichen Bereichen auch eingesetzt werden und damit auch eingestellt werden müssen. Ich erinnere daran, daß eine ähnliche Problematik, wie ich sie eben für die Sonderschulen als glücklicherweise dem Prinzip nach gelöst darstellen konnte, auch für die beruflichen Schulen besteht. Ich gehe deshalb davon aus, daß sich auch in den nächsten Jahren auf diesem Gebiet noch das ein oder andere tun wird.

Insgesamt kommen wir in diesem Jahr im Lehrerbereich zu 2 060 Einstellungen. Das ist, gemessen an dem, was wir in den vergangenen Jahren hier jeweils diskutiert haben, eine bemerkenswert gute Zahl. Die Forderung der CDU zielte immer darauf ab,

jährlich 1 500 einzustellen. Und das erreichen wir glücklicherweise Jahr für Jahr, jetzt liegen wir sogar satt darüber.

(C)

(Lachen und Widerspruch bei der CDU - Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Ich finde, das ist keine verkehrte Entscheidung und keine verkehrte Entwicklung.

(Dr. Pohl (CDU): Das ist Mathematik à la Dammeyer!)

Ich denke, daß damit der Teil, der bislang am wenigsten diskutiert worden ist, sich in der Entwicklung auch ganz gut darstellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

- Liegen nicht 2 060 über 1 500, Herr Pohl? Das ist dann Mathematik à la Pohl. Wollen Sie das genau wissen?

(Dr. Pohl (CDU): Arithmetisch, aber nicht nach Mengenlehre durchrechnen!)

- Herr Pohl, in diesem Jahr werden insgesamt eingestellt: an der Grundschule 450, an den Realschulen 10, an den Gymnasien 70, beim zweiten Bildungsweg 30, an den Gesamtschulen 220, an den Sonderschulen für Lernbehinderte 90, an den sonstigen Sonderschulen 220, an den berufsbildenden Schulen 120 und an den Kollegschulen 50. Das sind insgesamt 1 260 Einstellungen. Das ist Mathematik à la Dammeyer, Herr Pohl. Stimmen wir da überein? Das ist nicht Mengenlehre, sondern Arithmetik.

(D)

(Dr. Pohl (CDU): Wenn die Zahlen richtig sind!)

Rechnen wir weiter: Aus dem Erziehungsurlaub stellt die Landesregierung in diesem Jahr 500 ein. Dann sind wir bei 1 760. Einverstanden? - Dann kommen wir noch zu 300 weiteren Einstellungen, die im Haushaltsplan stehen und die an den Privatschulen erfolgen. Dies geschieht bekanntlich aus Landesmitteln; dafür bringen wir das Geld auf. Damit sind wir bei 2 060 Einstellungen. Herr Pohl, ich hoffe, daß damit die Mathematik à la Dammeyer und à la Pohl übereinstimmen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Gestatten Sie mir, bevor ich Herrn Abg. Dorn von der Fraktion der F.D.P. das Wort gebe, folgende Anmerkung: Es war für mich bemerkenswert, daß beide von ihrer wissenschaftlichen Qualifikation her

(Präsident Denzer)

- (A) keine Mathematiker sind. Anscheinend stimmt es aber doch.

(Zuruf von der SPD: Es ging nur um Addition!)

- Es ging nur um Addition, die Kulturtechnik des Grundrechnens.

Herr Abgeordneter Dorn von der Fraktion der F.D.P., Sie haben das Wort.

Dorn *) (F.D.P.): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich in der ersten Lesung ausführlich auf die Schulkapitel und die Hochschulkapitel eingegangen bin, möchte ich mich jetzt mit dem praktizierten Verfahren und der Beratung in den Ausschüssen und hier im Plenum befassen.

Das hier von der Landesregierung praktizierte Verfahren und die zeitliche Unterdrucksetzung des Parlaments für den Beratungszeitraum werden wir nicht noch einmal hinnehmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der ganze Vorgang ist einfach einer parlamentarischen Demokratie, zu der wir uns alle bekennen, unwürdig.

(Beifall bei der F.D.P.)

- (B) Das fängt mit einer sachlich falschen Vorlage der Regierung an und geht über den unzumutbaren Zeitdruck der Beratung in den Ausschüssen weiter bis zu den falschen Behauptungen des Ministers am Schluß der ersten Lesung.

In der heutigen zweiten Lesung will ich nur wenige Punkte noch einmal aufgreifen. Beginnen muß ich damit, daß ich einen Vorwurf an die Landesregierung aus der ersten Lesung zurücknehme. Ich hatte kritisiert, daß die Landesregierung keine Begründung für die Anforderung der 50 neuen Stellen im Geschäftsbereich des Innenministers gegeben hat. Da die Beratungen in den Ausschüssen ergeben haben, daß die Landesregierung selbst über keine Begründung verfügte, kann man ihr natürlich auch nicht vorwerfen, daß sie keine gegeben hat. Das sehe ich ein, Herr Minister.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

So konzeptionslos, wie dieses Gesetz es beweist, habe ich in mehr als 30 Jahren Parlamentszugehörigkeit noch nie eine Regierung gesehen.

(C) Lassen Sie mich mit der Beratung über die 50 neuen Stellen im Einzelplan 03 beginnen! In der Regierungsvorlage dieses Gesetzes heißt es:

Die rasche und reibungslose Umsetzung des Strukturhilfegesetzes erfordert über die im Ersten Nachtragshaushaltsgesetz getroffenen Maßnahmen hinaus die Einrichtung von 50 zusätzlichen Planstellen.

Nun haben wir alle gedacht, das sei tatsächlich für diesen Fall, und ich habe ja gesagt: Mutmaßlich müssen wir davon ausgehen, daß diese 50 Stellen für das gebraucht werden, was in der Regierungsvorlage steht. Aber weit gefehlt, meine Damen und Herren! Die Regierung hat uns während der Ausschüßberatungen klar gemacht, daß das gar nicht stimmt. Hier ist eine Irreführung des Parlaments durch eine Gesetzesvorlage realisiert worden, wie man sie nur noch mit Kopfschütteln zur Kenntnis nehmen kann.

Bei der Beratung in der Stellenplankommission hat dann der Vertreter des Innenministeriums uns als Abgeordnete dafür gewinnen wollen, die in der Vorlage vorgesehenen A 10-Stellen in A 11-Stellen umzuwandeln, weil der Innenminister nicht wußte, wie bei den Regierungspräsidenten die Eingruppierung der bisherigen Stellen schon erfolgte, und der Innenminister und auch der Vertreter des MURL zugeben mußten, daß sie erst nachher, nachdem die Regierungspräsidenten gemerkt hatten, was man ihnen hier antun wollte, versuchen wollten, das nun zu realisieren. Ich habe gesagt, daß wir uns auf diesen Streit zwischen den Ressorts nicht einlassen können, sondern daß uns die Regierung eine Regierungsvorlage vorlegen muß, wenn sie die A 10-Stellen in der Vorlage, die sie uns zwei Tage vorher vorgelegt hatte, in A 11-Stellen verändern will.

(D) Der Streit im Kabinett wurde sichtbar. Denn sowohl MURL wie Finanzministerium wie Innenministerium gaben unterschiedliche, sich widersprechende Erklärungen ab. Über den geplanten Einsatz bei den Regierungspräsidenten gab es ein völliges Durcheinander in der Argumentation der zuständigen Ressortvertreter.

(Trinius (SPD): Aber der Finanzminister war überzeugend!)

- Auf den Finanzminister, Herr Kollege Trinius, komme ich jetzt zu sprechen.

In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses wurde dann deutlich, daß die dem Parlament zugeleitete Vorlage falsch ist.

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Der Finanzminister erklärte uns, die Stellen würden bei den Regierungspräsidenten gebraucht, um bei den Verfahren, die dort anlägen, schnellere Abschlüsse zu erreichen, und dann gestand er verschämt ein, daß einige der 50 Stellen auch für das gebraucht würden, was in der Regierungsvorlage als Begründung für alle 50 Stellen enthalten ist.

Meine Damen und Herren, es ist also wirklich schon sehr problematisch, was wir mit diesem Gesetzentwurf in der parlamentarischen Beratung erfahren haben.

Der Hochschulbereich sollte - Frau Minister, Sie haben das ja zugesagt, nachdem ich das schon in der ersten Lesung gefordert hatte - mit dem Wissenschaftsausschuß abgestimmt werden, bevor er realisiert wird. Der Wissenschaftsausschuß ist nun für den 11. Mai eingeladen. Ich hoffe, daß es dann gelingt, zu einer überzeugenderen Lösung zu kommen, als es im Bereich des Einzelplans 03 möglich gewesen ist.

Nun komme ich zu den 100 neuen Stellen, die wegen der Steuergesetzgebung im Landeshaushalt 1989 stehen und die zusätzlich eine Debatte ausgelöst haben. Ich habe in der ersten Lesung des Gesetzes unter anderem gesagt:

Der Landtag hat dem Finanzminister jedoch mit dem Haushalt für dieses Jahr 100 neue zusätzliche Planstellen eingeräumt, unter anderem auch wegen der Quellensteuer.

(B)

Mit kernigen Worten hat der Minister vorgestern erklärt, er habe nicht eine Stelle für die Quellensteuer erhalten, sondern der Bund habe ein Amt mit 100 Stellen geschaffen.

(Zuruf des Finanzministers Schleußer)

Herr Minister, ich habe in meinem politischen Leben immer Wert darauf gelegt, glaubwürdig zu bleiben, und deshalb möchte ich Ihnen heute zu diesem Vorgang mit deutlichem Ernst folgendes sagen. Sie, Herr Minister, haben in Ihrer Einbringungsrede am 8. September 1988 zum Haushalt 1989 unter anderem folgendes gesagt:

Zur Umsetzung der Steuerrechtsänderungen erhält die Finanzverwaltung 100 zusätzliche Stellen.

In den Erläuterungen zum Haushalt 1989 haben Sie uns schriftlich mitgeteilt:

Die Einstellungsermächtigung für den gehobenen Dienst wurde zur Berücksichtigung der durch die Steuerreform

entstehenden Mehrbelastungen um 100 erhöht. (C)

Und in der Vorlage Ihres Hauses vom 8. Dezember 1988 an den Haushalts- und Finanzausschuß teilen Sie mit, daß im Einzelplan 12 100 Anwärterstellen zur Umsetzung der Steuerreform geschaffen werden.

Es ist also eindeutig, wofür Sie 100 neue Stellen erhalten haben.

Nun ist ja klar: Mehrarbeit haben wir, aber nicht durch Veränderungen im Tarif, in den Freibeträgen usw. verursacht, sondern im wesentlichen durch die neu geschaffene Quellensteuer, insbesondere wegen der zahlreichen Nichtveranlagungsbescheinigungen, die die Finanzverwaltung erstellen mußte. Dies haben Sie, Herr Minister, und die Beamten Ihres Hauses während der Haushaltsberatungen in den Ausschüssen selber vorgetragen. Auch die Steuergewerkschaft hat die gleiche Argumentation vorgetragen.

Herr Minister, um aber ganz sicher zu gehen, ob ich unsere Auffassung im Plenum so kritisch vortragen konnte, haben wir uns vorsorglich vor meiner Rede noch in Ihrem Hause informiert, und Ihr Haus hat unsere Auffassung bestätigt.

Ihre Behauptung, ich hätte das in meiner Rede falsch vorgetragen, weise ich mit Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU) (D)

Es wäre für Sie besser, dafür zu sorgen, daß dem Parlament in Zukunft Gesetzentwürfe zugeleitet werden, die nicht in sich selbst so widersprüchlich sind und auch noch falsche Behauptungen enthalten. Das Parlament sollte sich ein solches Vorgehen der Regierung nicht noch einmal bieten lassen.

(Zustimmung bei der F.D.P. und des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Herr Minister, nach Durchsicht aller Protokolle kann ich das nur bestätigen, was ich hier gesagt habe. Ich muß Ihnen gestehen: Es ist schon schwer, darüber keine Satire zu schreiben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Ministerin Brunn das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und

(Frau Minister Brunn)

- (A) Herren! Herr Kollege Dorn, Sie haben völlig recht, wenn Sie darauf hinweisen, daß wir uns im Wissenschaftsausschuß am 11. Mai mit den Einzelheiten der Durchführung des Programms beschäftigen werden. Sie haben recht gehabt, das zu fordern; aber Sie sollten wissen, daß ich das in der letzten Sitzung des Wissenschaftsausschusses bereits angeboten hatte, weil es natürlich ein schwieriges Verfahren ist, globale Titel zu bewilligen, ohne im Detail darüber diskutiert zu haben, was im einzelnen in der Durchführung passieren soll.

Dieser Zeitdruck, der entstanden ist, ist schwierig für die Beratung; aber er ist hilfreich für die Hochschulen, denn je schneller das Gesetz verabschiedet wird, desto schneller stehen - wegen der Systematik dieses Haushalts - den Hochschulen die Mittel zur Verfügung. Deshalb bitte ich Sie noch einmal um Nachsicht für diese Überforderung des Parlaments.

Sie, Herr Kollege Posdorf, haben hier einen wahrlich starken Auftritt gehabt.

(Dr. Posdorf (CDU): Immer!)

Er erfüllt mich mit Sympathie, aber er entbehrt auch nicht einer gewissen Komik, wenn ich das einmal so sagen darf. Der Rektor der Fachhochschule Dortmund, den Sie vorhin zitiert haben, hat sich am nächsten Tag für seine Äußerungen ausdrücklich entschuldigt.

(B)

(Dr. Posdorf (CDU): Warum?)

Man brauchte das hier gar nicht zu erwähnen, wenn man nicht ein wenig Verständnis dafür haben müßte, daß ihm da die Pferde durchgegangen sind. Die Fachhochschulen waren nervös geworden dadurch, daß sie einerseits - weil wir mit den Hochschulen interne Gespräche führen - dazu angehört worden sind, wie wir den Fachhochschulbereich im Rahmen des Hochschulsonderprogramms berücksichtigen bzw. verstärken wollen; andererseits hatte der Rektor der Fachhochschule Dortmund sich noch nicht in dem Haushaltsentwurf im Detail wiedergefunden, und da hat er nervös reagiert.

Ich kann hier ebenso, wie ich gestern die Fachhochschulrektoren inklusive des Rektors der Fachhochschule Dortmund beruhigen konnte, auch Sie beruhigen. Genau das, was wir zum Ausbau der Fachhochschulen vorhaben, was Ihnen ja auch bekannt ist, ist mit diesem Hochschulsonderprogramm, auch im Hinblick auf die Stellen für die Hochschulen, vorgesehen. Wir werden das schrittweise

erreichen. Spätestens Anfang nächsten Jahres sind alle Stellen da. (C)

Wenn Sie uns im Wissenschaftsausschuß auch noch unterstützen, kann ich mir vorstellen, daß die Fachhochschulen außerordentlich zufrieden sein werden. Sie werden nämlich bei den Stellen und vor allen Dingen bei den Studienplätzen überdurchschnittlich berücksichtigt, einfach deshalb, weil die Studienplatznachfrage und die Belastung bei den Fachhochschulen so groß ist. Insofern denke ich, daß Ihr Auftritt hier vielleicht eine gute Gelegenheit ist, die Fachhochschulen auch in dieser Hinsicht zu beruhigen. Also herzlichen Dank dafür, daß Sie mir diese Möglichkeit gegeben haben!

Selbstverständlich werden die Mittel, die das Land seinerseits aufbringt, zusätzlich aufgebracht werden. Das ist ganz normal. Im übrigen sind wir bei diesem Etat in gleicher Weise vorgegangen wie der Bund. Es ist das allervernünftigste gewesen, so vorzugehen und in der Programmdurchführung flexibel zu sein.

Das war es, was ich sagen wollte. Die Fachhochschulen werden zufrieden sein. Zu Aufregungen und Sturm im Wasserglas besteht kein Anlaß.

Daß es eine Belastung für das Parlament ist, in den Beratungen so zu verfahren - übrigens auch für die Administration und für die Hochschulen, die ja alle beteiligt werden müssen, weil es schwierig ist, etwas zu verteilen, wenn jeder Begehrlichkeiten hat -, räume ich selbstverständlich ein. Ich bitte aber das Parlament dafür um Nachsicht und danke Ihnen hier schon herzlich dafür, daß, wie ich hoffe, dieser Haushalt verabschiedet wird. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Minister Schleißer, bitte schön, Sie haben das Wort.

Schleißer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde die Diskussion nicht unnötig hinauszögern. Nur, Kollege Dorn, nachdem Sie in der ersten Lesung einen Fehler gemacht haben, hätte man den eingestehen können, statt zu versuchen, ihn anschließend zu rechtfertigen. Es entspricht sicher nicht Ihrer bisherigen Darstellung, daß Sie mit allem Ernst und aus Ihrer bisherigen parlamentarischen Tätigkeit ableitend Vorwürfe erheben, die nicht gerechtfertigt sind.

(Minister Schleißer)

- (A) Ich sage Ihnen das bezogen auf den Punkt der 50 Stellen bei den Regierungspräsidenten. Dabei unterscheidet die Vorlage ausdrücklich zwischen dem, was in den nachgeordneten Behörden zur Umsetzung der Strukturhilfe notwendig ist, und dem, was zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren erforderlich ist. Das ist aus der Vorlage eindeutig erkennbar. Als Sie im Ausschuß ausschließlich das Argument der Strukturhilfe benutzten, habe ich Ihnen anhand der Vorlage auseinanderlegen können - so hoffe ich -, daß ein gewichtiger Anteil Genehmigungsverfahren dabei ist, so wie es in der Vorlage steht.

Aber das Entscheidendere Ihrer Korrektur ist ja nicht dieser Bereich gewesen, sondern die Frage, wie das denn eigentlich mit den Mehrstellen wegen der Steuerrechtsänderung zu sehen sei. Da sage ich Ihnen - das wiederhole ich jetzt in allem Ernst -: Es gibt nicht eine einzige Vorlage - das haben Ihre eigenen Zitate deutlich gemacht -, in der mit der Quellensteuer eine einzige Stelle zusätzlich eingerichtet worden ist. Im Gegenteil, die Deutsche Steuergewerkschaft hat beklagt, daß für diese erheblichen Aufwände und Arbeitsschwierigkeiten aufgrund der Quellensteuer keine neuen Personalstellen eingerichtet worden sind. Sie müssen wissen: Es gibt bundesweite Personalbedarfsberechnungen, die einheitlich erstellt werden; Sie haben für die Steuerrechtsänderungen außerhalb der Quellensteuer eine Belastung von etwa 2 400 Stellen festgestellt. Darauf wären für Nordrhein-Westfalen etwa 800 Stellen entfallen. 100 Stellen sind eingerichtet worden - nicht mehr!

(B)

Wenn Sie das in ein Verhältnis setzen - ich bin gern bereit, Ihnen mit meinem Hause zu erläutern, welche zusätzlichen Aufgaben aus der Steuerrechtsänderung außer der Quellensteuer auf die jeweiligen Finanzämter zugekommen sind -, und wenn wir das gemeinsam durchgegangen sind, könnten wir das Ergebnis vielleicht wiederum plenar austauschen. Ihre sehr vereinfachende Darstellung mit dem einzigen Hintergrund, das, was in der ersten Lesung nicht ganz richtig gesagt worden ist, heute nun richtig darstellen zu lassen, kann ich im Interesse der Beschäftigten der Steuerverwaltung so jedenfalls nicht stehenlassen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Ich frage vorsorglich, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Bitte, Herr Kollege Dorn!

Dorn*) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister,

auf die 100 Stellen werden wir zurückkommen. Ich werde anhand der Ausschußprotokolle und Ihrer Aussagen sowie der Aussagen Ihrer Beamten diese Frage noch einmal bei der nächsten Haushaltsberatung ansprechen. Dabei werden Sie eindeutig erkennen können, wie die Dinge gelaufen sind.

(C)

Zu Ihrer anderen Behauptung, daß Sie die Frage der Strukturhilfe für die reibungslose Umsetzung und die anderen Probleme, die bei den Regierungspräsidenten entstanden sind, damit lösen wollten, ist die von Ihnen vorhin gegebene Darstellung - das habe ich wieder angesprochen - nicht in Übereinstimmung mit dem von Ihnen vorgelegten Gesetzestext. Ich darf Ihnen noch einmal diese zwei Sätze vorlesen. Da werden Sie feststellen, daß Ihre Aussage nicht dem entspricht; Sie selber haben sie ja auch im Haushalts- und Finanzausschuß korrigiert:

Die rasche und reibungslose Umsetzung des Strukturhilfegesetzes erfordert über die im ersten Nachtragshaushaltsgesetz getroffenen Maßnahmen hinaus

- das waren die vier Stellen in Ihrem Hause, denen wir ja zugestimmt haben -

die Einrichtung von 50 zusätzlichen Planstellen und Stellen.

Also: für die reibungslose Umsetzung des Strukturhilfegesetzes! Und im Ausschuß haben Sie erklärt - unter anderem wörtlich -:

Auch dafür sind einige Stellen vorgesehen.

(D)

Die Mehrzahl der Stellen, die Sie hier fordern, hat mit dem, was hier steht, überhaupt nichts zu tun.

(Zuruf des Ministers Schleißer - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, liegen weitere Wortmeldungen vor? - Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist, und schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußeempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4293 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Bitte die Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Der Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung angenommen.

Die dritte Lesung findet am 2. Mai 1989 statt.